



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Nina Peiler

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541)323-4300

Mobil: 0177 3333866

Peiler@osnabrueck.de

www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de

Pressemitteilung
Nummer 17/2021

19. April 2021

Stark aus der Krise!

CDU fordert "Corona-Bildungsfonds" für Kinder und Jugendliche

„Viele Eltern sind Corona bedingt stark finanziell belastet. Eine zusätzliche finanzielle Belastung durch Nachhilfeunterricht, der ohne Corona gar nicht nötig wäre, trifft solche Familien doppelt hart. Hierauf wollen wir als Kommune schnell und vor allen Dingen unbürokratisch reagieren.“, erläutert Petra Knabenschuh, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Für die Ratssitzung am 20. April beantragt die CDU-Fraktion deshalb, dass die Stadt kurzfristig 200.000 Euro für einen „Corona-Bildungsfonds“ zur Verfügung stellt.

Ziel des Fonds soll es sein, Osnabrücker Schülerinnen und Schülern einen niedrigschwelligen Zugang sowohl zu Förderunterricht als auch zur Sprachförderung zu ermöglichen. Hierdurch sollen Defizite ausgeglichen werden, die durch das erschwerte Lernen unter Corona-Bedingungen entstanden sind, aber nicht durch Förderungen von Land und Bund abgedeckt werden.

„Kinder lernen auf unterschiedliche Weisen. Nicht für jedes Kind ist die Digitalisierung des Schulunterrichts eine gute Alternative zum Präsenzunterricht. Diese Schülerinnen und Schüler brauchen den persönlichen Kontakt zu einer Lehrperson. Die persönliche Betreuung kann in Zeiten von Corona nicht in dem notwendigen Umfang durch die Schulen gedeckt werden. Das heißt in Konsequenz, dass die Schülerinnen und Schüler bei der Aufarbeitung der schulischen Aufgaben größtenteils auf sich selbst gestellt sind. Einige scheitern hieran und können auch durch die Eltern nicht angemessen beim Lernen unterstützt werden. Diese Kinder brauchen pädagogische Unterstützung. Hierbei zeigt der Nachhilfeunterricht, auch schon nach relativ kurzer Zeit, sehr gute Erfolge.“, so Knabenschuh weiter.

Die CDU-Fraktion beantragt daher, gemeinsam mit Vertretern der Schulen und des Stadtelterrates, unter Beratung des Bildungsmanagements und des Vereins zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien e.V., zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern eine niedrigschwellige, unbürokratische Förderrichtlinie zu entwickeln.

Parallel dazu soll bei den Stiftungen des Netzwerkes Bildung für eine mögliche Kooperation im Sinne des Bildungsfonds geworben werden.

„Um schnell und effizient die betroffenen Kinder wieder an den Lernstand der eigenen Lerngruppe/Klasse heranzuführen, sind zeitlich begrenzte, intensive Einzelfördermaßnahmen ein geeignetes Mittel. Daher könnte diese Art der Förderung für die Bildungstiftungen, die vornehmlich zeitlich begrenzte Projekte unterstützen, besonders attraktiv sein. Durch die Kooperation mit der Stadt ergibt sich für eine Stiftung zusätzlich die Möglichkeit, auf Ressourcen zuzugreifen, die sie allein nicht zur Verfügung stellen könnte.“, erläutert die Schulpolitikerin abschließend.